

Der Bruch Chinas mit Deutschland.

B. Berlin, 25. März. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt über den Bruch Chinas mit Deutschland:

Wenn auch der hiesige chinesische Gesandte formell die Pässe noch nicht erbeten hat, bedeutet doch die gemeldete Uebergabe des Dekrets des Präsidenten von China vom 14. März tatsächlich den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern. Die in dem Dekret hiefür gegebene Begründung muß Verwunderung hervorrufen, denn China gehört zu den neutralen Ländern, die am wenigsten von den Wirkungen des U-Bootkrieges berührt werden. Einen direkten chinesischen Handel mit Europa gibt es nicht und chinesische Schiffe verkehren nicht in den Sperrgebieten. Chinesen, die auf den versenkten Schiffen ihr Leben verlieren, begeben sich nicht in die Gefahrzone, um den Interessen ihres eigenen Landes zu dienen, sondern um für die Sache unserer Feinde Handlangerdienste zu leisten. Sie selbst trifft die Schuld, wenn sie für eine Neutralen so gefährliche Tätigkeit hüben müssen, und der chinesischen Regierung steht es schlecht an, Deutschland verantwortlich zu machen.

In Wirklichkeit handelt es sich für die Regierenden in China nicht um die verlorenen Menschenleben, sondern sie geben dem Drucke und den Lockungen unserer Feinde nach und hören auf die Versprechungen der Vereinigten Staaten von Amerika. Die Entente hat in den letzten Monaten China stark gedrängt, sich auf ihre Seite zu stellen, aber die chinesische Regierung hätte widerstehen können, wenn sie nach dem Grundsatz „Principis obsta“ von Anfang an jedem Versuche, das Land von der Neutralität abzubringen, energisch entgegengetreten wäre. Sie würde wohl auch widerstanden haben, wenn sich nicht neuerdings

Amerika den Versuchern zugesellt

hätte. China glaubt sein Heil an der Seite Amerikas zu finden. Es tritt aus der überlieferten passiven Politik heraus, weil es sich davon Vorteil verspricht. Das friedliche chinesische Volk, das keine Feindschaft gegen Deutschland kennt, wird wenig Verständnis für diese Maßnahme seiner Regierung haben. Umso schwerer ist die Verantwortung der chinesischen Regierung für einen Schritt, der das Land auf die schiefe Ebene der ungerechten Parteinahme führt.

Durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen werden die bestehenden Verträge nicht aufgehoben. Den Deutschen in China steht weiter das Recht zu, unter dem Schutze der Exterritorialität in den Niederlassungen aller Nationalitäten und in den Städten, die den Ausländern geöffnet sind, zu wohnen und Handel zu treiben. Auch genießen sie nach wie vor die Vorrechte der Reisbegünstigungsklausel.

China wird nach dem Kriege für die politische und die wirtschaftliche Gesundung mehr denn je auf den guten Willen aller Großmächte angewiesen sein und es würde seine Selbstständigkeit gefährden, wenn es dauernd einen einseitigen Anschluß suchte. Deutschland war China stets

freundlich gesinnt. Der jetzige Schritt droht, die schwache chinesische Republik des Wohlwollens einer Macht zu berauben, die im Verein mit ihren Bundesgenossen

als Siegerin aus dem Weltkriege hervorgehen wird. Es wird an der Regierung Chinas liegen, sich die Rückkehr zu guten Beziehungen mit Deutschland offen zu halten. Vor allem muß erwartet werden, daß sie den Deutschen und dem deutschen Eigentum in China den vollen Schutz der deutsch-chinesischen Verträge zukommen läßt.